



Positionspapier

aus Anlass der deutsch-polnischen Wissenschaftskonferenz

am 17.10.2019 an der Warsaw School of Economics

Fünfzehn Jahre gemeinsam in der Europäischen Union

Errungenschaften und gegenwärtige Herausforderungen für die polnische und deutsche Wirtschaftspolitik

Andreas Bielig

Als Polen am 1. Mai 2004 zusammen mit zehn weiteren mittel- und osteuropäischen Ländern, darunter Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen, der Europäischen Union im Rahmen der so genannten ersten Runde der EU-Osterweiterung beitrug, war die Stimmung auf der polnischen Seite nahezu euphorisch. So charakterisierte der damalige polnische Ministerpräsident Leszek Miller die verbreitete Stimmung mit den Worten: „Wir sind Bürger Europas!“ (o. Verf., 2003a), wäh-

rend sich der polnische Präsident Aleksander Kwasniewski zu dem damit neu aufgeschlagenen Kapitel der europäischen Integration mit einem Bonmot von einer nun erfolgenden „Heimkehr Polens in die europäische Familie“ vernehmen ließ (o. Verf., 2003b). Beide, die damalige Atmosphäre in der polnischen Innen- und Außenpolitik in charakteristischer Form widerspiegelnden Befindlichkeitsbekundungen, wurden von den Entwicklungen und Ereignissen der folgenden fünfzehn Jahre von Polens Mitgliedschaft in der Europäischen Union, aber auch in

den bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen zum Teil schwer auf den Prüfstand gestellt.

Tatsächlich waren die ursprünglichen politischen Ausgangsbedingungen für einen Beitritt Polens in die Europäische Union zum damaligen Zeitpunkt sehr gut. Im Rahmen einer Volksabstimmung am 9. Juni 2003 hatten sich ca. 76,8 Prozent der polnischen Bevölkerung bei einer Wahlbeteiligungsquote von 59 Prozent für den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union ausgesprochen. Hierin drückte sich ein erheblicher Vertrauensvorschluss der Polen für die Zukunftsfähigkeit der Union und die Verlässlichkeit ihrer politischen und administrativen Institutionen hinsichtlich der Fähigkeit zur Lösung wichtiger Herausforderungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aus. Für viele Polen war der vollzogene Beitritt zur Europäischen Union auch eine Konsequenz aus der eingeschlagenen Westanbindung des Landes, welche sich im militärischen Bereich schon in dem zum 12. März 1999 erfolgten Beitritt des Landes zur NATO deutlich widerspiegelte.

Die politische und wirtschaftliche Anbindung im Rahmen der Europäischen Union komplettierte das Selbstbild eines emanzipierten und selbstbewusst auftretenden Polens, welches hiermit seinen Platz in der westlichen Wertegemeinschaft in der ihm eigenen Selbstverständlichkeit einnahm. Polen konnte im Rahmen seiner bisherigen Bemühungen um eine EU-Integration des Landes zu diesem Zeitpunkt schon auf eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, auch im Vergleich zu den übrigen Beitrittsländern, verweisen. So betrug der Abstand in der Wirtschaftsleistung zum nächstgrößeren Land Ungarn ungefähr einhundert Prozent des ungarischen Bruttoinlandsprodukts. Als jeweils in wirtschaftlicher, demographischer und territorialer Hinsicht Größtes aller Beitrittsländer der ersten Runde der Osterweiterung waren die polnischen Erwartungen an eine gemeinsame europäische Zukunft deshalb sehr groß.

Dabei konnte Polen von Beginn an auf die Unterstützung seines deutschen Nachbarlandes setzen, welches in vielen Bereichen zu Recht als größter und wich-

tigster Partner bei der zukünftigen Weiterentwicklung des Landes angesehen wurde. Dies spiegelte sich auch in der Polen seit der Regierungszeit Helmut Kohls in Deutschland kognitiv zugewiesenen Bedeutung für die erste Osterweiterung Europas wider, welche ohne dessen Teilnahme als undenkbar betrachtet wurde. Das sich aus der polnischen Geschichte, und hier insbesondere aus den Teilungsperioden, den erlittenen Weltkriegserfahrungen und der besonderen Rolle Polens bei der Beseitigung der kommunistischen Gewaltherrschaften in Europa, speisende nationale Selbstbewusstsein verband sich auf eigentümliche Weise mit dem wiedererlangten Gefühl, seinen Platz in der europäischen Staatengemeinschaft aufs Neue gefunden zu haben.

Diese und viele andere positiven Erfahrungen konnten jedoch auch zu Beginn der EU-Mitgliedschaft nur unzureichend verdecken, dass auf vielen politischen Gebieten erhebliche Divergenzen zu den europäischen Partnern bestanden, was durch die zum Teil sehr offensive Weise der Vertretung von polnischen Eigeninteressen in der EU-Politik unterstrichen

wurde, so zum Beispiel bei den Verhandlungen zu einem neuen EU-Abstimmungsverfahren im Jahr 2000 in Nizza oder bei den Verhandlungen über zukünftige europäische Agrarsubventionen 2002 in Kopenhagen. Hier zeigte sich schon in den Anfängen deutlich, dass die neue europäische Partnerschaft, aber auch das von einer historisch bedingt besonderen Qualität geprägte deutsch-polnische Verhältnis wie in einer funktionierenden Familie auch in der Lage sein muss, auftretende Belastungen und Spannungen auszuhalten und Konflikte in einer einvernehmlichen Form im diskursiven Rahmen einer Kompromisslösung zuzuführen.

Dass dies keine leichte Aufgabe ist, verdeutlichen unter anderem die zum Teil auch offen zutage tretenden Diskrepanzen zu einer, wenn auch nicht völlig einheitlichen, deutschen Position auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik, welche von der damaligen Frage nach der grundsätzlichen vertraglichen Legitimität einer polnischen NATO-Mitgliedschaft, über die polnische Teilnahme an der so genannten „Koalition der Willigen“ bei dem

Militäreinsatz 2003 im Irak unter amerikanischer Führung, bis hin zu den Konsequenzen der Schaffung eines US-basierenden Raketenabwehrsystems gegenüber Russland reichen.

Als erschwerend erweisen sich für die offiziellen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen jedoch auch andere wesentliche Faktoren: In vielen Teilfragen der polnischen Innenpolitik zeigt sich die polnische Öffentlichkeit in erheblicher Form gespalten, wie zum Beispiel in der Frage der Reformen der öffentlichen Gerichtsbarkeit im Jahr 2017, was eine Verständigung mit den europäischen Partnern nicht erleichtert. Die im Rahmen solcher Konfliktbereiche entstehende stark politisierte polnische Öffentlichkeit wird hierbei über die gegenwärtige Struktur des Mediensystems im Print- und Rundfunkbereich zusätzlich befördert, welche ein in erheblicher Form polarisierendes Bild von aktuellen Entwicklungen zeichnet. Auf der anderen Seite tragen auch deutsche Medien in ihrer Berichterstattung über innerpolnische Entwicklungen bislang nicht zwingend zu einer hinreichend ausgewogenen und ob-

jektiven Meinungsbildung in der deutschen Bevölkerung über den polnischen Nachbarn bei. Das droht wiederum, die seit Jahren beobachtbare und durch viele Analysen bestätigte Informationsasymmetrie zwischen Polen und Deutschen im Hinblick auf die Kenntnis der Situation im jeweiligen Partnerland tendenziell zu verstärken, mit negativen Folgen für die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des beiderseitigen Verhältnisses. Eine gute und ausgewogene Informationsversorgung über die Partner bildet traditionell die Grundlage für das wechselseitige Verständnis und für eine erfolgreiche Zusammenarbeit auf der bilateralen und europäischen Ebene. Seit dem polnischen EU-Beitritt hat es diesbezüglich erhebliche Fortschritte auf beiden Seiten gegeben, dennoch verbleibt auch hier eine Vielzahl von unerledigten Aufgaben für die Zukunft.

Trotz auftretender politischer Divergenzen ist das deutsch-polnische Verhältnis grundsätzlich von einer starken partnerschaftlichen Toleranz geprägt, wodurch dieses bislang auf eine sehr verlässliche Grundlage gestellt werden konnte. Als

ein Paradebeispiel für die gute Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, wenn nicht sogar nicht selten als das Rückgrat und als dauerhafter Stabilisator der deutsch-polnischen Beziehungen bezeichnet, werden die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen angesehen. Hatten sich diese schon im Vorfeld des polnischen EU-Beitritts sehr erfolgreich entwickelt, so setzte sich dieser Trend im Zuge der europäischen Integration der polnischen Wirtschaft mit einer eindrucksvollen Dynamik fort.

Im Folgenden soll daher eine kurze Beschreibung der Rahmendaten dieser beiderseitigen Erfolgsbilanz gegeben werden, bevor auf einzelne Problembereiche und bestehende Herausforderungen für die beiden Länder sowie für die bilateralen Beziehungen eingegangen wird:

Ein als klassisch zu bezeichnender Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Partnerländern ist der Außenhandel. Damit bildet dieser einen Gradmesser für den Zustand der bilateralen Beziehungen im Bereich der Wirtschaft. Hier ist seit dem polnischen EU-

Betritt, aber auch schon in den Jahren zuvor, eine positive Entwicklung beobachtbar (Destatis, 2019a). Lagen die deutschen Exporte nach Polen im Jahr 2004 noch bei ca. 18,776 Mrd. €, so stiegen diese bis zum Jahr 2018 auf nunmehr auf 63,349 Mrd. € an, eine Gesamterhöhung um 237 Prozent. Im Jahr 1990, direkt nach dem Beginn der Transformation, betragen diese noch lediglich 3,904 Mrd. €. Auch auf der Importseite polnischer Waren nach Deutschland sprechen die ökonomischen Daten eine deutliche Sprache: Diese erhöhten sich von 15,973 Mrd. € im Jahr 2004 um 246 Prozent auf 55,249 Mrd. € im Jahr 2018, wohingegen sie im Jahr 1990 noch 3,561 Mrd. € betragen.

Auch gemessen an seinem weltweiten Außenhandel (Exporten und Importen) konnte Polen seit dem Jahr 2004 seinen wirtschaftlichen Prosperitätspfad, ebenso wie Deutschland, fortsetzen. Dabei weisen die Strukturen des polnischen Außenhandels bis heute mehrere Besonderheiten auf: Die Importvolumina überstiegen in den meisten Jahren die Exportwerte der gehandelten Güter deutlich,

wobei sich der erreichte negative Handelsbilanzsaldo tendenziell seit dem Jahr 2013 reduzierte. Erst im gegenwärtigen Zeitraum konnten eine tendenziell ausgeglichene Handelsbilanz oder auch teilweise leichte Überschüsse erzielt werden. Der Hauptteil des Außenhandels erfolgt mit Partnern aus der Europäischen Union, was insbesondere auf der Exportseite zu einer starken Dominanz des inhereuropäischen Handels Polens geführt hat. Seit 2004 hat sich diese regionale Fokussierung des polnischen Außenhandels zwar leicht zugunsten des Warenaustauschs mit anderen Weltregionen abgeschwächt, ist aber immer noch stark ausgeprägt. Es besteht hier demnach eine deutliche Außenhandelsabhängigkeit Polens vom Europäischen Binnenmarkt. Die Struktur der weltweiten polnischen Exporte weist seit dem EU-Beitritt dagegen keine sichtbaren qualitativen Veränderungen auf. Die wirtschaftspolitisch erhoffte Anhebung des Technologieniveaus in Richtung hochwertiger Technologien oder Hochtechnologien ist bislang ausgeblieben. Lediglich der Sektor Elektronik und Elektrik konnte seinen Anteil an den polnischen Exporten in einer relativen Perspektive vergrößern. Wenn

die polnische EU-Mitgliedschaft zu einer technologischen Weiterentwicklung in der polnischen Wirtschaft geführt hat, und dies ist selbstverständlich der Fall, so spiegelt sich dies bislang noch nicht in einer sichtbaren Veränderung der sektoralen Struktur der polnischen Exporte im globalen Außenhandel wider (Czarny & Folfas, 2019).

Aber auch die Investitionen zwischen beiden Ländern entwickelten sich in dynamischer Form (Bundesbank, 2019). Der Bestand der ausländischen Direktinvestitionen Deutschlands in Polen, als Summe von unmittelbaren und mittelbaren Investitionen, vergrößerte sich von einem Niveau von 9.983 Mio. € im Jahr 2004 um 256 Prozent auf einen Wert von 35.503 Mio. € im Jahr 2017. Im Jahr 1990 lag der Wert der deutschen Auslandsdirektinvestitionen in Polen noch bei geringfügigen 26 Mio. €. In der umgekehrten Investitionsrichtung erhöhten sich die polnischen Direktinvestitionen in Deutschland, ausgehend von einem erheblich geringeren Niveau, von 217 Mio. € um außerordentliche 521 Prozent auf einen Wert von 1.347 Mio. €. Der Referenzwert des Jahres 1990 betrug 110 Mio. €. Die

sichtbare Entwicklungsdynamik der polnischen Direktinvestitionen in Deutschland seit dem Jahr 2004 ist in einer relativen Perspektive sehr bemerkenswert, in der absoluten Perspektive bleibt die Dynamik dieser Investitionsrichtung dennoch bislang hinter derjenigen der deutschen Direktinvestitionen in Polen zurück.

Beide Partnerländer können seit dem Jahr des polnischen EU-Beitritts auch auf eine sehr erfolgreiche binnenwirtschaftliche Entwicklung verweisen (OECD, 2019). Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands vergrößerte sich von 2.822 Mrd. US-\$ im Jahr 2004 um 42 Prozent auf 4.000 Mrd. US-\$. Der Referenzwert des Jahres 1990 lag bei 1.593 Mrd. US-\$. Das polnische Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 255 Mrd. sogar um 130 Prozent auf 586 Mrd. US-\$, mit einem Vergleichswert aus dem Jahr 1990 von lediglich 62 Mrd. US-\$. Gemessen an der Bevölkerungsgröße konnte Deutschland damit seine Wirtschaftsleistung in Form des Bruttoinlandsprodukts von 34.647 US-\$ je Einwohner im Jahr 2004 um 39 Prozent auf 48.246 US-\$ je Einwohner steigern. Im Jahr 1990 lag dieses

noch bei einem Wert von 20.173 US-\$. Das polnische Bruttoinlandsprodukt stieg von 6.684 US-\$ je Einwohner im Jahr 2004 demgegenüber sogar um 131 Prozent auf 15.431 US-\$ je Einwohner, während der Referenzwert von 1990 noch bei 1.626 US-\$ je Einwohner lag.

Die angeführten Daten verdeutlichen, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen schon im Vorfeld des Jahres 2004 eine erhebliche Dynamik angenommen hatte, welche nach dem polnischen EU-Beitritt im Rahmen der bilateralen wirtschaftlichen Verflechtungen noch eine weitere Verstärkung erfahren konnte. Die Ergebnisse der wirtschaftlichen Kooperation kamen beiden Ländern zugute, wobei die polnische Wirtschaft, auch bedingt durch das kleinere Ausgangsniveau der ökonomischen Entwicklung, deutlich größere Wachstumsraten der Wirtschaftsindikatoren verzeichnen konnte. Dies lässt auf einen erfolgreich verlaufenden Aufholprozess Polens im Rahmen der Europäischen Integration schließen.

Dennoch spiegeln quantitative ökonomische Wachstumsindikatoren den in den beiden Volkswirtschaften stattfindenden

Wandel lediglich unzureichend wider, welcher die bestehenden wirtschaftlichen Strukturen tendenziell einer Veränderung unterwirft. Wird dieser Prozess mit Hilfe des Anteils der sektoralen Bruttowertschöpfung am nationalen Bruttoinlandsprodukt beschrieben, hat sich für beide Länder eine längerfristige Gewichtsverschiebung ergeben, deren zeitlicher Ursprung sich auf einen Zeitraum noch weit vor dem polnischen EU-Beitritt zurückverfolgen lässt (OECD, 2019). Im Jahr 2004 wies die Landwirtschaft in Polen noch einen vergleichsweise großen Anteil von 3,3 Prozent auf, der sich bis zum Jahr 2017 auf 2,8 Prozent verkleinerte. Im Jahr 1990 lag ihr Anteil noch bei erheblichen 8,2 Prozent. Das Produzierende Gewerbe konnte seinen sektoralen Anteil mit ca. 29 Prozent fast konstant halten (der Referenzwert von 1990 lag noch bei 50,1 Prozent), was auch für den Dienstleistungssektor mit einem Anteil von ca. 56,1 Prozent gilt (1990 noch mit einem 41,6 Prozentanteil). Die wesentlichen ökonomischen Strukturanpassungen im Hinblick auf die sektoralen Entwicklungen erfolgten in Polen demnach schon vor seinem EU-Beitritt nach dem

Beginn der Transformation. In Deutschland waren die Verschiebungen demgegenüber nicht so gravierend. Der Anteil der Landwirtschaft entwickelte sich mit ca. 0,8 Prozent auf einem stabilen Niveau (1991 noch 1,1 Prozent), der des Produzierenden Gewerbes stieg leicht von 26,6 auf 28 Prozent, während er 1991 noch 33,6 Prozent betrug, und das Dienstleistungsgewerbe verlor mit einer Anteilsänderung von 63,1 auf 61,5 Prozent geringfügig an Gewicht (1991 bei 56,3 Prozent). Auch in Deutschland erfolgten die auftretenden sektoralen Gewichtsverschiebungen weit vor dem Jahr 2004. Die polnische Wirtschaft weist dem Vergleich zufolge gegenwärtig im Produzierenden Gewerbe ein ähnliches Gewicht ihrer Wertschöpfung an der Wirtschaftsleistung auf, wie dies in Deutschland der Fall ist. Die polnische Landwirtschaft ist demgegenüber in einem geringfügigen Maße stärker an der Wertschöpfung beteiligt als bei dem deutschen Nachbarn, während der Dienstleistungssektor in Polen leicht schwächer repräsentiert ist. Im Hinblick auf die sektorale Struktur der beiden benachbarten Volkswirtschaften kann in Bezug auf die ökonomischen Gewichte des Primären, Sekundären und

Tertiären Sektors demnach von einem weitgehend abgeschlossenen Konvergenzprozess mit nunmehr vergleichbaren Strukturmerkmalen gesprochen werden, was aber lediglich für die übergeordnete Ebene der Wirtschaftssektoren auf der Makro-Ebene gilt. Die sektoralen Industriestrukturen auf der Meso-Ebene beider Volkswirtschaften unterscheiden sich demgegenüber teilweise in beträchtlicher Form, trotz auch hier beobachtbarer intensiver Konvergenzprozesse.

Auf die Entwicklung der beiden Volkswirtschaften sowie der sich zwischen diesen vollziehenden bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen übt eine Vielzahl von Rahmenbedingungen einen erheblichen Einfluss aus, deren gegenwärtige Ausprägungen und tendenzielle Veränderungsprozesse auf die beiden Partnerländer sowie ihre Interaktionen einwirken. Den wichtigsten Einflussfaktor repräsentiert die - seit 2004 in beiderseitiger Form bestehende - Mitgliedschaft in der Europäischen Union, deren territoriale Abgrenzung recht exakt den hauptsächlichen Teil des internationalen Aktionsradius beider Volkswirtschaften widerspiegelt. Sieben von zehn Haupthandelspartnern

Deutschlands auf der Exportseite im Jahr 2018 waren EU-Mitglieder, darunter Polen auf Rang 8 (Destatis, 2019b). Auch auf der Importseite waren 70 Prozent der zehn Hauptpartner Mitgliedsländer der EU, Polen befand sich hier auf Rang 6. Im Jahr 2018 betrug der EU-Anteil an den weltweiten deutschen Exporten 57,6 Prozent. Ein halbes Jahrzehnt davor (im Jahr 2013) betrug er noch 55,5 Prozent, ist demnach trotz intensiver und partiell auch erfolgreicher Anstrengungen der deutschen Wirtschaft um eine verstärkte internationale Diversifizierung des Außenhandels weiter gewachsen. Auch die Außenhandelsverflechtung Deutschlands auf der Importseite mit der EU ist tendenziell in der relativen Perspektive verstärkt worden. Ihr Anteil vergrößerte sich von 57,1 Prozent im Jahr 2013 auf 58,1 Prozent im Jahr 2018. Allerdings wächst mit den, auf politischer Ebene im EU-Integrationsprozess forcierten, sich vergrößernden Gewichten des innereuropäischen Handels an der nationalen Handelsbilanz auch das hiermit verbundene sog. „Klumpenrisiko“ aus einer gleichgerichteten konjunkturellen Bewegung des EU-Binnenmarktes in Form von sich wechselseitig verstärkenden

Schwankungen der Nachfragekomponenten der Mitgliedsländer. Hier gilt grundsätzlich: keine Bindung ohne Risiko, auch wenn die Vorteile und Chancen der europäischen Integration im Rahmen der Europäischen Union insbesondere für das Gründungsland Deutschland evident sind und die entstehenden Belastungen und Kosten bei weitem übersteigen - ein Kalkül, welches auch die polnische Politik und Gesellschaft in weitgehend uneingeschränkter Form teilt. Den erwähnten Konzentrationsrisiken im innereuropäischen Handel versucht die deutsche Wirtschaft durch die oben angeführte verstärkte weltweite Diversifizierung der Handelsströme entgegenzuwirken, dem Ergebnis zufolge mit lediglich mäßigem Erfolg.

Allerdings resultieren auch aus der nationalen Charakteristik der einzelnen EU-Partner signifikante Risiken, welche bei dem bisherigen, in zentralisierter und zentralisierender Form stattfindenden europäischen Integrationsprozess wenn nicht übersehen, so aber doch bis in die Gegenwart weitgehend außeracht gelassen wurden. So deutete sich etwa schon

kurz nach dem EU-Beitritt Großbritanniens im Jahr 1973 ein wechselreiches und nicht selten spannungsvolles Verhältnis zwischen der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Vereinigten Königreich an, auch wenn Winston Churchill schon 1946 in einer Rede an der Universität Zürich eine Vision der Vereinigten Staaten von Europa entwarf (o. Verf., 2016). Heute, ungefähr 73 Jahre später, müssen wir erkennen, dass sich das damalige, noch fiktionale Bild von Europa aus der Sicht der Briten, trotz der heute stark gespaltenen britischen Öffentlichkeit im Hinblick auf den geplanten Brexit aus der EU, erheblich von dem Bild der gegenwärtigen Europäischen Union mit ihren etablierten Institutionen und administrativen Strukturen in der Praxis unterschied und noch dauerhaft unterscheidet. Die EU war und repräsentiert aus der Perspektive Großbritanniens noch immer eine andere Gemeinschaft von souveränen Nationalstaaten als dasjenige Bild, welches von den gegenwärtigen organisatorischen Strukturen der EU vermittelt wird. Frankreichs in einem mehrmaligen Veto gegen die britische EU-Mitgliedschaft in den Jahren 1963 und 1967 formulierten Vorbehalte

gegen den neuen Partner erleichterten den Integrationsprozess auch aus der Perspektive der Clubmitglieder kaum. Hier finden sich auch historische Analogien zu dem späteren eher reservierten Verhalten Frankreichs bei den Aufnahmeverhandlungen Polens für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, welche insbesondere auch durch die intensive politische Unterstützung von Deutschland im Zuge der bestehenden besonderen Verpflichtungen für dessen polnischen Nachbarn gemeinsam überwunden werden konnten.

Dieses besondere Verhältnis Deutschlands zu Polen speist sich nicht nur aus den negativen historischen Erfahrungen der Kriegsschuld Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, welcher vor 70 Jahren mit dem Überfall Deutschlands auf das vor Kurzem seine Unabhängigkeit wiedererlangte Polen im Jahr 1939 seinen Ausgangspunkt nahm, und den resultierenden Zerstörungen und menschlichem Leid, sondern nicht zuletzt auch aus den gemeinsamen positiven Erfahrungen des Jahres 1989, in dem die Menschen in Ostdeutschland die Gewaltherrschaft des

sozialistischen Regimes in der ehemaligen DDR abschütteln konnten, die bestehenden innerdeutschen Grenzen am 9. November geöffnet wurden und somit die die innerdeutsche Teilung repräsentierende Mauer zwischen beiden Staaten ihre freiheitsberaubende Wirkung verlor. Einen wesentlichen Anstoß für diese auf den Straßen der DDR, zunächst in Leipzig und später in vielen anderen Städten bis nach Berlin stattfindende „Friedliche Revolution“, gab die starke Freiheitsbewegung in Polen. Diese führte, ausgehend von den Protesten und Widerständen der polnischen Gewerkschaft *Solidarność* seit dem Jahr 1980, zu einer freiheitlichen Atmosphäre des gesellschaftlichen Umbruchs in den ehemaligen sozialistischen Ländern, welche im Jahr 1989 auch die Menschen in der ehemaligen DDR erfasste und damit nicht nur den ehemaligen Osten von Deutschland veränderte, sondern mit der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 auch die seit dem Kriegsende bestehende deutsche Teilung beendete und damit ein wesentliches, mit viel persönlichen Schicksalen und Leiden verbundene Kapitel der Nachkriegszeit für die von der Teilung

betroffenen Menschen glücklich abschloss. In Deutschland bleibt der von Polen sowie seinen führenden Repräsentanten, von dem Pabst Johannes Paul II bis zu dem Gewerkschaftsführer und späteren polnischen Präsidenten Lech Wałęsa, zu der Überwindung der deutschen Teilung geleistete Beitrag nicht nur unvergessen. Er bildet gleichzeitig auch den aus einer spezifischen deutschen Perspektive beobachtbaren geschichtlichen Ausgangs- und Fixpunkt für die partnerschaftliche Gestaltung einer gemeinsamen europäischen Zukunft im Rahmen der Europäischen Union.

Diesbezüglich vermag ein Blick auf das Beispiel der britischen EU-Mitgliedschaft dabei zu helfen, auch einige Aufschlüsse für eine konsequente Weiterentwicklung der bilateralen deutsch-polnischen Partnerschaft im Rahmen der Europäischen Union zu geben. Auch in Polen existieren nicht nur erhebliche Vorbehalte gegenüber den starken zentralisierenden Prozessen im europäischen Integrationsprozess, welche tendenziell nationale staatliche Kompetenzen an eine übergeordnete supranationale europäische Ebene übertragen. Als ein prominentes Beispiel

hierfür kann etwa die langjährige abwartende Haltung Polens gegenüber seinem Beitritt zur Zone der gemeinsamen europäischen Währung Euro, das heißt die Teilnahme Polens am sogenannten Wechselkursmechanismus II, gewertet werden. Trotz der mit dem EU-Beitritt übernommenen Verpflichtung, den Euro als eigene Währung einzuführen, gilt eine Teilnahme aus polnischer politischer Perspektive seit langer Zeit implizit als politisch und auch ökonomisch unattraktiv. Seit dem polnischen EU-Beitritt hat demzufolge nicht nur keine der bisherigen polnischen Regierungen eine klar umrissene Agenda für eine Euro-Einführung verfolgt, auch das Thema selbst ist nun offensichtlich aus dem politischen Zielraum verbannt worden.

Die Nichtattraktivität der Eurozone wird aus polnischer Perspektive noch dadurch verstärkt, daß diese zur Unterstützung des Zusammenhalts und der Stabilität innerhalb der Europäischen Union durch eine Bankenunion mit entsprechenden Sicherungsinstrumenten, wie etwa einem Europäischen Einlagensicherungsfonds, ergänzt wurde (Vollmer, 2019). Die hierfür vorgesehenen Aufsichts- und

Haftungsregelungen inklusive der daraus resultierenden Kostenverteilung sind für die polnische Wirtschaft gegenwärtig in einer nachteiligen Form gestaltet, so dass weder die Eurozone noch die Bankenunion einen nachhaltigen Anreiz für eine weiter vertiefte monetäre Integration Polens in die EU bilden.

Aber nicht nur der zentralisierende europäische Integrationsprozess bildet gegenwärtig für Polen eine Hemmschwelle, sondern auch das der Europäischen Union zugrundeliegende Konzept scheint in Polen, wie im Falle Großbritanniens, in einigen Facetten zunehmend von verschiedenen gesellschaftlichen Kräften in Frage gestellt zu werden. Die Frage, ob Europa tatsächlich nur durch eine Einbahnstraße in Richtung einer sich in vielen politischen und wirtschaftlichen Fragen weiter zentralisierenden Union entwickelt werden kann, ohne auf der anderen Seite innere Spannungen soweit aufkommen zu lassen, dass die Bindungskosten für die Beteiligten weiterhin auf einem vertretbaren Niveau bleiben, oder, ob als ein möglicher Gegenentwurf, vielmehr ein Bündnis nationaler Staaten

mit einer weitgehenden Beibehaltung ihrer nationalstaatlichen Souveränität als ein europäisches Leitbild angesehen werden kann, wird auch in Polen, wie ehemals schon vorher in Großbritannien, vielfach kontrovers diskutiert. Dass dies nicht nur eine theoretische Debatte ist, zeigt wiederum das britische Beispiel.

Für die britische Seite, aber auch für alle europäischen Partner, darunter insbesondere für Deutschland, hat dieser Aspekt nach der Entscheidung für den EU-Austritt nun ernsthafte Konsequenzen. Ob Großbritannien im Jahr 2020 tatsächlich aus der EU austritt oder der Brexit noch in buchstäblich letzter Minute abgewendet werden kann - die britische Desintegration aus der Europäischen Union hat im wirtschaftlichen Bereich schon lange begonnen: Im Jahr der Brexit-Entscheidung 2016 nahm Großbritannien auf der Liste der zehn größten internationalen Handelspartner Deutschlands im Export den Rang 3, auf der Importseite sogar den zweiten Platz ein (Destatis, 2017). Im Jahr 2018 konnte Großbritannien bei den Exporten nur noch den fünften Platz der größten Handelspartner belegen, bei den Importpartnern war das

Land sogar schon nicht mehr unter den zehn größten Partnerländern platziert (Destatis, 2019b). Die deutschen Exporte nach Großbritannien sanken seit der Austrittsentscheidung jeweils um 3,5 % (2016), 0,6 % (2017) und 4,0 % (2018) und betragen zuletzt noch 82,0 Mrd. € (Destatis, 2019c). Hiervon ist insbesondere die deutsche Schlüsselbranche der Automobilindustrie betroffen. Bei den Importen ist das Handelsvolumen nach seinem vorübergehenden Höchststand von 44,7 Mrd. € im Jahr 2011 nunmehr auf einen Wert von 37,1 Mrd. € gefallen, was noch unterhalb des Jahreswerts von 2010 liegt. Aus den rückläufigen Entwicklungen im bilateralen Außenhandel lässt sich erkennen, dass die betroffenen Wirtschaftssubjekte die Folgen des Brexits antizipieren und mit der Anpassung ihres ökonomischen Verhaltens die britische Desintegration aus der Europäischen Union faktisch vorantreiben, auch wenn diese rechtlich noch nicht in einer endgültigen Form fixiert wurde. Die Folgen der politisch initiierten Desintegration werden für Deutschland, aber auch für Polen auf vielen Ebenen schon jetzt deutlich spürbar. Ein wirtschaftlich starker und politisch einflussreicher Partner verlässt die

Europäische Union, was sich nicht nur in Veränderungen der Handels- und Investitionsvolumina oder der nationalen finanziellen Beiträgen zu dem EU-Haushalt ausdrücken wird, sondern insbesondere auch im europapolitischen Bereich, in dem zukünftig eine gewichtige liberale und traditionell freiheitliche Stimme fehlen wird.

Der fünfzehnte Jahrestag der polnischen EU-Mitgliedschaft gibt uns deshalb auch einen Anlass, über die gegenwärtigen Strukturen und Organisationsformen der Europäischen Union intensiv nachzudenken, insbesondere im Hinblick darauf, welche Form von Europa wir uns als Bürger der europäischen Mitgliedsländer wünschen und welche Rolle Deutschland und Polen in diesem europäischen „Konzert“ der vielen und teils gegensätzlichen Stimmen spielen sollen. Es gibt eine gewisse Berechtigung zu der Annahme und Hoffnung, dass die deutsch-polnische Partnerschaft in Zukunft einen großen und wertvollen Beitrag zu der Weiterentwicklung Europas leisten kann. Polen kann hier unter anderem auf seine lange demokratische und freiheitliche Tradition in seiner Geschichte, von der ersten

demokratischen Verfassung weltweit bis hin zur Freiheitsbewegung der Solidarność, aber auch auf eine traditionell starke Zivilgesellschaft verweisen und diese in geeigneter Form als besonderen Wertgegenstand einbringen. Aus ökonomischer Perspektive offenbart sich diesbezüglich ohnehin eine erfolgreiche und sich dynamisch entwickelnde wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft, welche sich durch ihre erhebliche Flexibilität zunehmend einen wichtigen Platz in Europa erarbeiten konnte.

Es gibt jedoch nicht nur viele bisherige Errungenschaften, sondern auch gute Aussichten auf eine Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit im gemeinsamen Europa. Dies kann und wird vor allem dann gelingen, wenn die jeweiligen nationalen Besonder- und Eigenheiten der Mitgliedsländer nicht im europäischen Organisationsbetrieb als störende Hemmschuhe auf dem Weg zu einer vertieften europäischen Integration wahrgenommen werden, sondern vielmehr als bereichernde Elemente des europäischen Zusammenlebens. Letztlich leisten sie einen wesentlichen Beitrag zum institutionellen Wettbewerb in Anlehnung an

F. A. von Hayek in Europa, ohne den langfristig die Funktionsfähigkeit von Gesellschaften nachhaltig gestört würde. Damit wären gute Rahmenbedingungen vorhanden, in fünfzehn Jahren ein dreißigjähriges Jubiläum Polens zusammen mit Deutschland in der Europäischen Union feiern zu können. Latente, aber auch akute Herausforderungen für die Zukunft bestehen neben den schon angesprochenen Aspekten für beide Partner weiterhin genügend, von den gegenwärtig beobachtbaren Handelskonflikten im Welthandel zwischen den U.S.A. und China (Pysz, 2019), über die sich verschlechternden Bedingungen für den Welthandel und die Weltkonjunktur mit Konsequenzen für das nationale Binnenwachstum, über das Erstarken von nationalen Mustern einer jeweiligen Industriepolitik in Deutschland (Industriestrategie 2030) (Bardt, 2019) und Polen (Morawiecki-Plan) (Bielig, 2018), über die Pflege der bestehenden nationalen Differenzen in den Bereichen von Energiepolitik und -sicherheit in Deutschland und Polen (Nyga-Lukaszewska, 2019) bis hin zu einer schleichenden Verschiebung der Kräftegewichte im nationalen politischen Spektrum und der diese begleitenden

Veränderung von Prozessen der Meinungsbildung und demokratischer Willensbekundung (Apolte, 2019). Beide Partner werden sich auf der bilateralen wie auch auf der Ebene der Europäischen Union mit diesen und vielen weiteren Problemen auseinandersetzen müssen, um weiterhin zu gemeinsamen Lösungen gelangen zu können. Dies wird, unabhängig von der Frage, wie das gemeinsame Europa in Zukunft aussehen wird, von allen Partnern ein ausgeprägtes Maß an Bereitschaft und die Fähigkeit zur Findung von Kompromissen voraussetzen.

Literatur

Apolte, T. (2019): Aufstieg und Niedergang von Demokratien. Erfahrungen aus den letzten 100 Jahren, Beitrag zur Konferenz „15 Jahre gemeinsam in der Europäischen Union. Errungenschaften und gegenwärtige Herausforderungen für die polnische und deutsche Wirtschaftspolitik“, Warsaw School of Economics, 17. Oktober 2019, Warschau

Bardt, H. (2019): Industrie und Industriepolitik. Die nationale Industriestrategie

2030, Beitrag zur Konferenz „15 Jahre gemeinsam in der Europäischen Union. Errungenschaften und gegenwärtige Herausforderungen für die polnische und deutsche Wirtschaftspolitik“, Warsaw School of Economics, 17. Oktober 2019, Warschau

Bielig, A. (2018): Quo vadis Polen? Zum Verhältnis der polnischen Wirtschaftspolitik zur europäischen Integration am Beispiel der deutschen Direktinvestitionen in Polen, in: Mączyńska, E., Pysz, P. (red.), Społeczna Gospodarka Rynkowa. Polska i integracja europejska, Warschau, S. 137-146

Bundesbank (2019): Außenwirtschaft, Direktinvestitionen, Bestandsangaben, nach aktuellen Vorgaben der OECD-Benchmark-Definition & nach der alten nationalen Berechnungsmethodik (bis 2012), deutsche Direktinvestitionen im Ausland & ausländische Direktinvestitionen im Deutschland, Polen, Zeitraum 1990-2017, Zeitreihendatenbank, Frankfurt/Main,

<https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/statistiken/zeitreihen-datenbanken/zeitreihen-daten->

bank/723444/723444?treeAnchor=AUSSENWIRTSCHAFT&statisticType=BBK_ITS

Czarny, E., Folfas, P. (2019): Der polnische Außenhandel mit Waren in den Jahren 2004-2017, Beitrag zur Konferenz „15 Jahre gemeinsam in der Europäischen Union. Errungenschaften und gegenwärtige Herausforderungen für die polnische und deutsche Wirtschaftspolitik“, Warsaw School of Economics, 17. Oktober 2019, Warschau

Destatis (2017): Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 2016, Wiesbaden, www.destatis.de

Destatis (2019a): Außenhandel. Deutschland, Länder: Polen, 1990-2018, Genesis-OnlineDatenbank, Wiesbaden, www.destatis.de

Destatis (2019b): Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 2018, Wiesbaden, www.destatis.de

Destatis (2019c): Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich verliert an Bedeutung, Pressemitteilung Nr. 401 vom 14.

Oktober 2019, Wiesbaden, www.destatis.de

Nyga-Lukaszewska, H. (2019): Energy security perspectives. Poland vs. Germany, Beitrag zur Konferenz „15 Jahre gemeinsam in der Europäischen Union. Errungenschaften und gegenwärtige Herausforderungen für die polnische und deutsche Wirtschaftspolitik“, Warsaw School of Economics, 17. Oktober 2019, Warschau

OECD (2019): OECD database iLibrary, national statistics, Poland & Germany, 1990-2017, Paris, <https://www.oecd-ilibrary.org>

o. Verf. (2003a): Polen sagt Ja zur EU, rbb online, in: http://www.deutsche-und-polen.de/ereignisse/ereignis.jsp/key=eu_referendum.html

o. Verf. (2003b): Grosse Mehrheit für EU-Beitritt Polens, NZZ Online, in: <http://www.nzz.ch/2003/06/08/al/newzzDGOPXXJN-12.html>

O. Verf. (2016): Zeitleiste: Großbritannien und Europa, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn,

<http://www.bpb.de/international/europa/brexit/229985/zeitleiste>

Pysz, P. (2019): Soziale Marktwirtschaft versus Trumpeconomics, Beitrag zur Konferenz „15 Jahre gemeinsam in der Europäischen Union. Errungenschaften und gegenwärtige Herausforderungen für die polnische und deutsche Wirtschaftspolitik“, Warsaw School of Economics, 17. Oktober 2019, Warschau

Vollmer, U. (2019): „Eile mit Weile“ Ursachen und Konsequenzen der Beitrittsmüdigkeit von EU-Mitgliedsstaaten zur Europäischen Währungs- und Bankenunion, Beitrag zur Konferenz „15 Jahre gemeinsam in der Europäischen Union. Errungenschaften und gegenwärtige Herausforderungen für die polnische und deutsche Wirtschaftspolitik“, Warsaw School of Economics, 17. Oktober 2019, Warschau

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V

Der Text ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. oder des Rechteinhabers unzulässig. Dies gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich, für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Kontakt
Thomas Behrens
Projektkoordinator

Thomas.Behrens@kas.de

www.kas.de/de/web/polen